

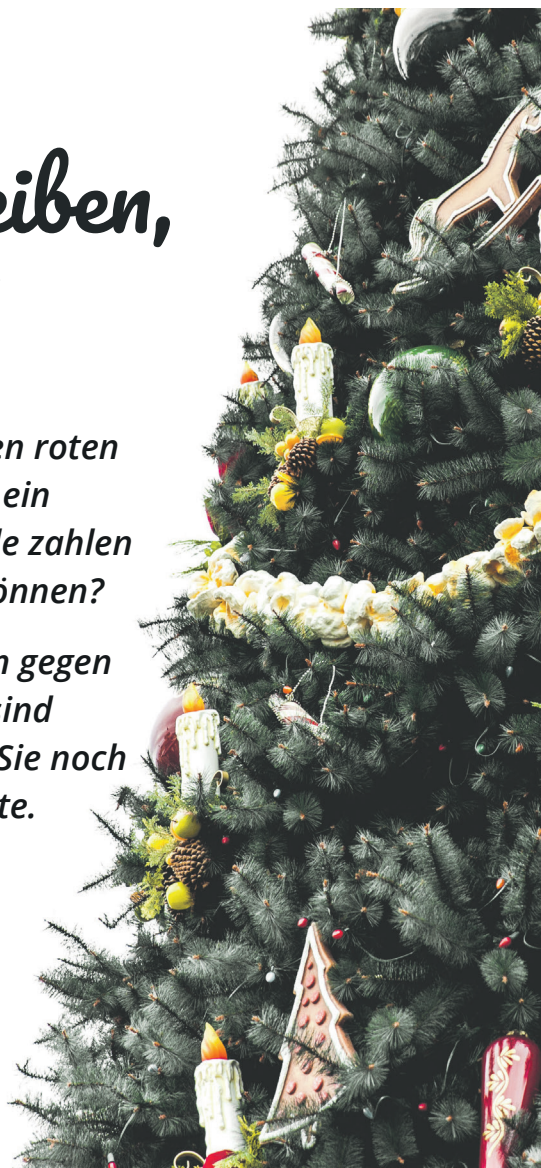
Referendum
gegen den
Vaterschaftsurlaub
Unterschriftenbogen letzte Seite

Jetzt unterschreiben, dann feiern!

Unsere Altersrenten sind gefährdet. Die IV ist in den roten Zahlen. Und jetzt soll mit dem Vaterschaftsurlaub ein neues, teures Sozialwerk entstehen, für das wir alle zahlen müssen damit einige wenige in den Papi-Urlaub können?

NEIN! Die SVP Schweiz unterstützt das Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub. Bis zum 15. Januar 2020 sind 50'000 Unterschriften nötig. Unterschreiben auch Sie noch heute den Unterschriftenbogen auf der letzten Seite.

Herzlichen Dank und frohe Festtage!



Die SVP Schweiz musste bei den Eidgenössischen Wahlen grosse Verluste hinnehmen. Nun braucht es eine tabulose Analyse.

SEITEN 4 - 5

In den letzten 13 Jahren kam insgesamt 1 Million Zuwanderer. Wir müssen jetzt handeln, sonst leben wir bald in einer 10-Millionen-Schweiz!

SEITEN 8 - 9

Kriminelle bedrohen die Bewohner unserer Grenzregionen. Der Bundesrat muss endlich die Menschen in der Schweiz schützen und wieder Grenzkontrollen einführen!

SEITE 10

Die SVP in den Medien

Zuwanderung bremsen, Steuern tief halten, Freiheit sichern



Lars Guggisberg ist neuer SVP-Nationalrat

Die Ständeratswahl schafft Platz für ein neues Gesicht im Nationalrat. Lars Guggisberg rutscht nach und erbt den Sitz von Werner Salzmänn.

Sonntag 17. November 2019 18:47 von Mathias Streit



DNA-Profil-Gesetz

16. November 2019 13:32; Akt: 16.11.2019 17:27

SVP will Täter-DNA 50 Jahre lang aufbewahren

Die SVP will die Löschfristen von DNA-Profilen auf bis zu 50 Jahre erhöhen. Die Linke findet das «unverhältnismässig» und warnt vor einem Automatismus.



Liebe SVP-Familie, liebe Sympathisanten

Die Festtage sind nahe, das Jahr neigt sich dem Ende zu. Ein Jahr, in dem wir für unsere Heimat, unsere schöne Schweiz gekämpft haben. Ich danke Ihnen allen von Herzen, die uns mit unermüdlichem Einsatz, mit Spenden und am 20. Oktober mit ihrer Stimme dabei unterstützt haben.

Die SVP ist zwar stärkste Kraft geblieben. Wir mussten aber empfindliche Verluste hinnehmen. Umso mehr sind wir nun gefordert, weiter hart für die zentralen Werte der Schweiz zu kämpfen. Aufgrund des Linksrutsches im Parlament müssen wir vermehrt das Referendum ergreifen, damit die Bevölkerung selber entscheiden kann, ob sie links-grüne Ideologien oder echte Lösungen will.

Nächsten Mai wird die Bevölkerung über die Begrenzungsinitiative abstimmen und damit entscheiden, ob die Schweiz die Einwanderung selber kontrolliert, oder wir ungebremst auf eine 10-Millionen-Schweiz zusteuern. Die Konsequenzen der Zuwanderung spüren heute Hunderttausende von Pendlern, die täglich auf der Strasse

oder im Zug stecken bleiben. Eigentlich müssten die Grünen das grösste Interesse daran haben, die Zuwanderung zu bremsen, weil die Zubetonierung unserer Natur den grössten Biodiversitätsverlust ausmacht.

Bis im Sommer 2020 wird das neue Parlament wohl das CO₂-Gesetz verabschieden. Deutlich höhere Benzin-, Gas- und Heizölpreise, Ölheizungsverbot und Flugticketabgaben dürften die Folge sein. Es ist zu erwarten, dass die neu gewählten Grünen das Gesetz mit zusätzlichen Verboten verschärfen. Der Mittelstand wird durch diese sozialistische Umverteilung ausgeblutet, ohne dass das Klima nur im Geringsten beeinflusst würde. Wir haben das Referendum bereits angekündigt, um die versteckten Steuererhöhungen zu verhindern.

Bei einem weiteren Referendum, es müsste eigentlich vom Bundesrat als obligatorisch erklärt werden, geht es um nichts weniger als die Verteidigung der Freiheit der Schweiz gegenüber der EU. Denn es ist zu erwarten, dass der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit Ja sagen zum EU-Rahmenabkommen, das uns eine automatische Übernahme von EU-Recht bringt. Das kann nur durch das Volk korrigiert werden.

Zuwanderung bremsen, Steuern tief halten, Freiheit sichern, um diese für die Schweiz existenziellen Ziele zu erreichen, werden wir auch 2020 alle Kräfte mobilisieren müssen. Zuerst aber wünsche ich Ihnen allen eine besinnliche und geruhssame Weihnachtszeit.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti
Präsident der SVP Schweiz

Wir gratulieren unseren Neugewählten

**Aargau**Bircher
MartinaGallati
Jean-Pierre*Giezendanner
BenjaminHeimgartner
Stefanie**Aargau**Knecht
Hansjörg**Bern**Guggisberg
LarsSalzmann
Werner**St. Gallen**Friedli
Esther**Thurgau**Stark
Jakob**Tessin**Strupler
ManuelChiesa
MarcoMarchesi
Piero**Obwalden**Rüegger
Monika

* Jean-Pierre Galatti wurde am 24.11.19 in den Regierungsrat gewählt, Alois Huber rutscht für ihn in den Nationalrat nach.

Jetzt braucht es eine tabulose Analyse

Die Wahlen werden uns noch lange beschäftigen. Die SVP bleibt zwar mit 25,6 Prozent die mit Abstand stärkste Kraft. Erfreulich ist auch, dass wir 13 hervorragende neue National- und Ständeräte haben. Abgesehen davon gibt es wenig Grund zur Freude – dafür wiegen die Verluste zu schwer.



Die SVP hat am 20. Oktober insgesamt elf Sitze im Bundesparlament verloren – die Gründe dafür müssen nun aufgearbeitet werden.

Dieses Wahlergebnis lässt sich nicht schönreden: Insgesamt verlor die SVP am 20. Oktober 3,8 Prozent Wähleranteil und elf Parlamentssitze. Ausser in den Kantonen Obwalden, Graubünden, Tessin, Jura und den beiden Appenzell haben wir überall Verluste eingefahren. Das Ausmass reicht von –2,3 Prozent im Wallis bis zu –18,6 Prozent im Kanton Nidwalden (was

allerdings zu reaktivieren ist, weil der Kanton Nidwalden nach dem Majorzsystem wählt). Besonders bedenklich sind die grossen Verluste in der Westschweiz. Bevor ich zu den Gründen für diese Verluste komme noch einige grundsätzliche Überlegungen. Wie der Langzeitvergleich zeigt, entwickelt sich der Wähleranteil in einer Wellenbewegung (siehe Grafik gegenüber-

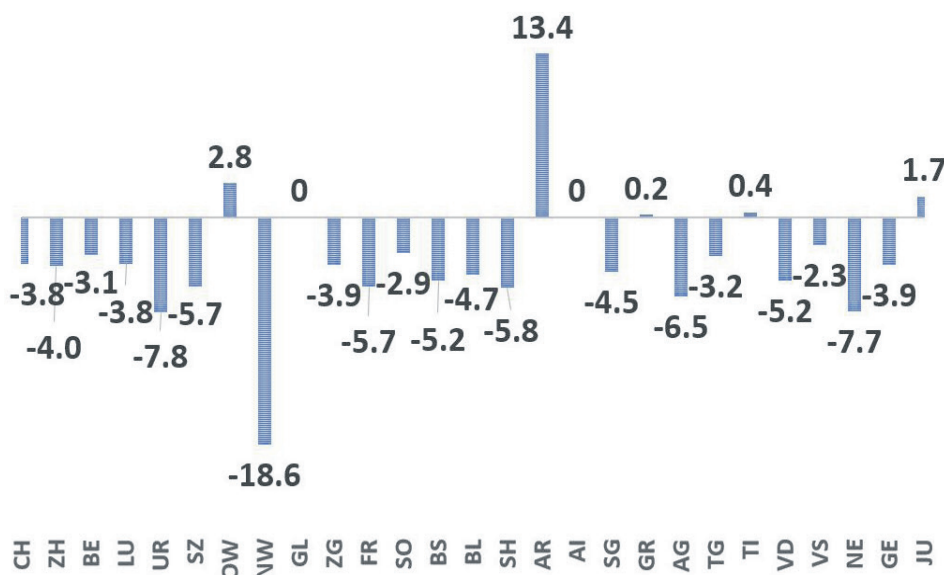
liegende Seite). Das Rekordergebnis von 2015 war auch Dank viel Proporzglück möglich. Wir haben zwar verloren, doch die SVP ist mit 25,6 Prozent Wähleranteil noch immer die stärkste Partei der Schweiz. Zudem mussten auch die anderen Bundesratsparteien Verluste hinnehmen. Die SP erreichte noch 16,8 Prozent Wähleranteil – ihr schlechtestes Resultat in den letzten 100 Jahren. Auch die FDP erzielt ihr schlechtestes Ergebnis seit 100 Jahren. 1999 hatte sie noch einen Wähleranteil von 19,9 Prozent, nun sind es noch 15,1 Prozent. Der Blick auf die Statistik schmälert zwar unsere Verluste nicht, er hilft jedoch dabei, die Relationen zu wahren.

Klima-Bewegung und interne Querelen schadeten uns

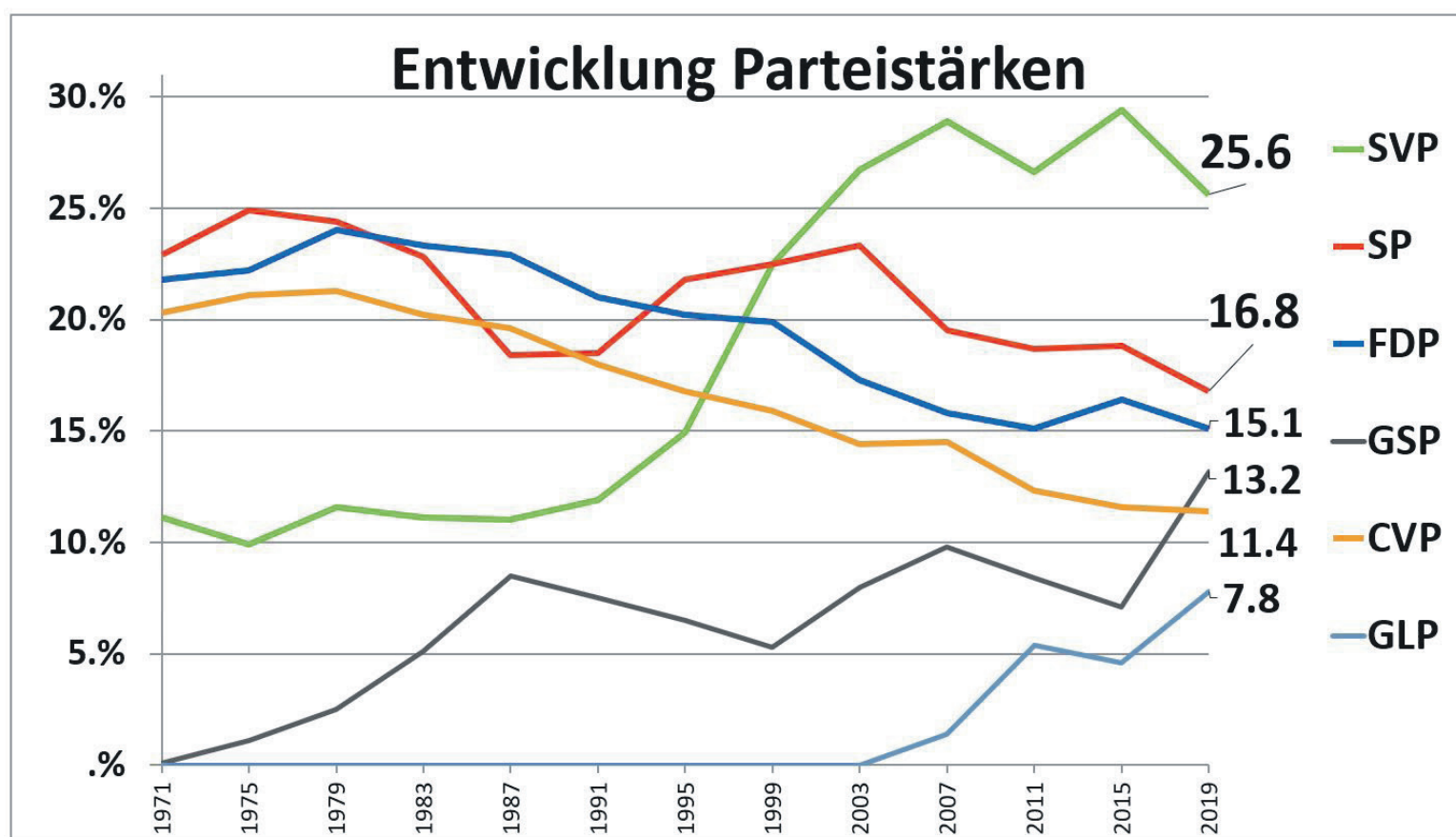
Doch was sind die Gründe für die Verluste? Ohne der in den Kantonalparteien laufenden Analyse vorzugreifen, lassen sich bereits erste Aussagen machen.

Unbestritten ist, dass die Klima-Bewegung unseren politischen Gegnern genützt hat. Einen Effekt hatte sicher auch die gegenüber 2015 um insgesamt 3,5 Prozent tiefere Wahlbeteiligung. Zu denken gibt vor allem die tiefe Wahlbeteiligung in den SVP-starken Landgemeinden. Ein Grund dafür, dass viele unserer Wählerinnen und Wähler zuhause geblieben sind, dürfte sein, dass sich bei einigen nach der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der halbhatzigen Umsetzung der Ausschaffungsinitiative Resignation breitgemacht hat.

Allerdings ist ein beträchtlicher Teil dieser Wahlschlappe hausge-



Gewinne/Verluste Wähleranteile in % SVP Kantone NR-Wahlen 2019



Quelle: BFS / Wahlen 2019

macht: Fakt ist, dass sich parteiinterne Querelen, wie sie leider in Basel oder in Neuenburg öffentlich ausgetragen wurden, an der Urne rächen. Übrigens zu Recht: Wer sich vor allem mit sich selber beschäftigt, statt Lösungen für brennende Themen in unserem Land zu suchen, der muss sich nicht wundern, wenn er das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler verliert.

Wir müssen wieder mehr Grundlagenarbeit leisten

Hinzu kommt, dass wir auf schweizerischer Ebene, aber auch in vielen Kantonen, die Grundlagenarbeit ausserhalb unserer Kernthemen vernachlässigt haben. Diese Vertiefungsarbeit in diversen Dossiers muss verbessert werden. Wir müssen noch mehr Verantwortliche einsetzen, die mit Fachexperten, kantonalen und nationalen Politikern, systematisch den Austausch suchen und entsprechende Lösungsvorschläge mit Varianten erarbeiten. Zudem ist der Austausch mit unserer Wählerschaft, beispielsweise

über die konsequente Durchführung von «Sessionsrückblicken» und «SVP bi de Lüt-Anlässen» in allen Regionen zu intensivieren.

Werte und Überzeugungen streift man nicht ab

Doch mit diesen Erklärungen wollen wir uns nicht begnügen. Wir werden schonungslos überprüfen, inwiefern wir die Sitzverluste selber verschuldet haben, weshalb wir unsere Wählerinnen und Wähler nicht mobilisieren konnten und offen diskutieren, welche Lehren daraus zu ziehen sind. Was wir aber sicher nicht tun werden: Angesichts dieser Sitzverluste unser Parteiprogramm, unsere thematischen Schwerpunkte ändern. Die SVP setzt sich aus Überzeugung für eine freie, sichere und unabhängige Schweiz ein. Weil wir nicht vergessen haben, dass Eigenverantwortung, ein starker Mittelstand, eine kontrollierte Zuwanderung und eine florierende Wirtschaft massgeblich zum Erfolg und Wohlstand unseres Landes und der Men-

schen in der Schweiz beitragen, kämpfen wir weiterhin unbeirrt für unsere Werte.

Im Gegensatz zu anderen Parteien brauchen wir keine Wertediskussion. Im Gegenteil: Den Linksrutsch im Parlament nehmen wir als Herausforderung und Chance an, in den nächsten vier Jahren noch deutlicher aufzuzeigen, dass migrationspolitischer Schlendrian, Duckmäuserei gegenüber der EU und umweltpolitische Hysterie, verbunden mit staatlicher Abzockerei, unserem Land Schaden zufügen. Wie es Wahlkampfleiter Adrian Amstutz bereits vor den Delegierten in Niederglatt gesagt hat: Deshalb liegt in der Niederlage vom 20. Oktober zugleich unsere Chance für die kommenden vier Jahre.

Von Nationalrat
Albert Rösti

Uetendorf (BE)



Wir danken den abtretenden Parlamentariern



Aargau

Flückiger-Bäni
Sylvia
2007-2019



Giezendanner
Ulrich
1991-2019



Aargau

Reimann
Maximilian
1987-2019



Stamm
Luzi
1991-2019



Bern

Amstutz
Adrian
2003-2019



Bühler
Manfred
2015-2019



Basel Stadt

Frehner
Sebastian
2010-2019



Freiburg

Rime
Jean-François
2003-2019



für ihren grossen Einsatz für unsere Heimat



Genf

Golay
Roger
2013-2019



Glarus

Hösli
Werner
2014-2019



Graubünden

Brand-Ciocco
Heinz
2001-2019



Luzern

Müri
Felix
2003-2019



Neuenburg

Clottu
Raymond
2013-2019



St. Gallen

Keller-Inhelder
Barbara
2015-2019



Schwyz

Föhn
Peter
1995-2019



Thurgau

Eberle
Roland
2011-2019



Tessin

Pantani
Roberta
2011-2019



Uri

Arnold
Beat
2015-2019



Waadt

Glauser
Alice
2007-2011
2016-2019



Zürich

Egloff
Hans
2011-2019



Zanetti
Claudio
2015-2019



Ungebremst ins Elend

Die Schweizer Bevölkerung hat die 8,5-Millionen-Grenze überschritten. Mit ihrer Verklärung der Personenfreizügigkeit und einer verantwortungslosen Asylpolitik sorgen SP, FDP, CVP und Grüne dafür, dass diese masslose Zuwanderung weitergeht und die 10-Millionen-Schweiz wohl schon 2030 Realität wird. Gegensteuer gibt einzig die SVP, die mit der Begrenzungsinitiative die Zuwanderung eigenständig steuern will.



Der Bundesrat log brandschwarz, als er versprach mit der Personenfreizügigkeit würden jährlich höchstens 10'000 Zuwanderer in die Schweiz kommen. Im Spitzenjahr zogen mehr als 75'000 Personen in die Schweiz.

Der Bundesrat hat im Rahmen der Abstimmung zu den Bilateralen I ausgeführt, dass maximal 8'000 bis 10'000 Personen pro Jahr in unser Land kämen. Er hat das Volk brandschwarz angelogen. Es kamen bereits im ersten Jahr doppelt so viele Menschen wie versprochen. Im Spitzenjahr 2008 zogen sogar mehr als 75'000 Personen aus dem EU-Raum in die Schweiz. Durch die Personenfreizügigkeit wächst die Bevölkerung in der Schweiz masslos. In den letzten 13 Jahren kam insgesamt eine Million Zuwanderer und der Strom reisst nicht ab. Einen solchen Bevölkerungszuwachs verträgt unsere kleine Schweiz auf lange Sicht nicht.

Überlastete Infrastruktur kostet Milliarden

Durch die masslose Zuwanderung wurde in den letzten 13 Jahren Natur in der Grösse von 57'000 Fussballfeldern - unter anderem für 454'000 Wohnungen - zubetoniert. Innerhalb von 30 Jahren ist die Siedlungsfläche

der Schweiz sogar um mehr als 25 Prozent angewachsen – auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dies entspricht der Fläche des Genfersees, die da zubetoniert worden ist. Und das Bauen geht munter weiter.

Die masslose Zuwanderung überfordert auch die Infrastruktur unseres Landes. Die SBB laufen am Anschlag und sind extrem anfällig auf Störungen geworden. Verspätungen sind fast schon die Regel, statt wie einst die grosse Ausnahme. Die Züge sind überfüllt, Sitzplätze sind Mangelware. Beim motorisierten Verkehr sieht es nicht besser aus. Das Strassennetz ist auf vielen Strecken heillos überlastet. Stundenlange Staus sind die Folge. Der Schaden ist immens: Im Jahr 2016 haben die Staustunden einen volkswirtschaftlichen Schaden von sage und schreibe 1,6 Milliarden Franken verursacht. Eine Staustunde eines Lastwagens kostet 200 Franken. Das kann so unmöglich weitergehen. Um den Staus aus dem Weg zu gehen, müssen

Pendler immer früher aufstehen oder kommen später zur Arbeit oder nach Hause. Dies ist besonders für Familien belastend.

Mittlerweile sind 6 von 10 Sozialhilfebezügern Ausländer

Aber es geht noch viel weiter. Auch unser Sozialsystem wird durch die massive und ungebremste Zuwanderung massiv belastet. EU- und EFTA-Bürger werden häufiger arbeitslos und beziehen in der Folge mehr Arbeitslosengelder, teils sogar Sozialhilfegelder - mittlerweile sind beinahe 6 von 10 Sozialhilfebezügern Ausländer. Aber auch inländische Arbeitnehmer geraten zunehmend unter Druck – sie haben bereits ab 46 Jahren ein hohes Risiko, in der Sozialhilfe zu landen, weil sie durch junge, billige Ausländer ersetzt werden. Statt die Zuwanderung zu steuern, will der Bundesrat mit der Überbrückungsrente lieber eine neues, hunderte von Millionen Franken teures Sozialwerk schaffen – und dies ob-

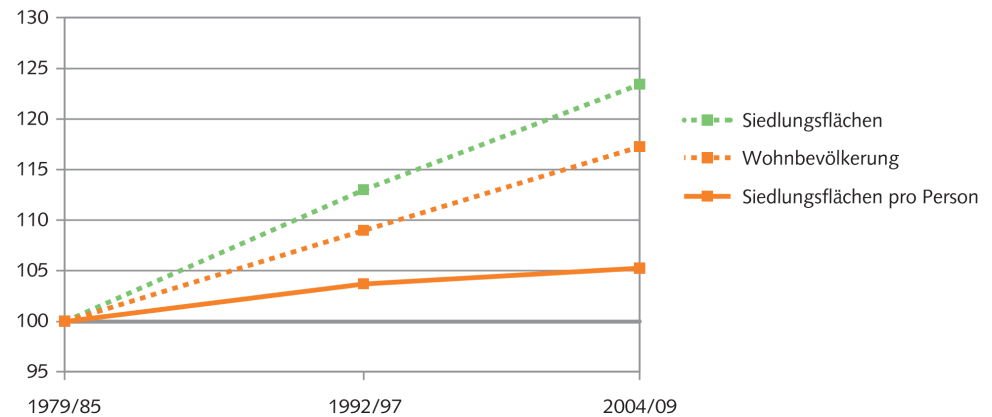
wohl die bestehenden Sozialwerke wie AHV und IV dringend saniert werden müssten. Zu berappen hätte diese neue Überbrückungsrente einmal mehr die arbeitende Schweizer Bevölkerung. Dies alles nur, damit die heilige Kuh der Personenfreizügigkeit nicht angefasst werden muss.

Doch da macht die SVP nicht mit. Wir wollen - nein wir müssen - das Problem an der Wurzel anpacken und lösen. Wir sind ein souveräner, demokratischer, neutraler Staat. Deshalb ist es sonnenklar, dass wir die Steuerung der Zuwanderung in unser Land wieder in die eigene Hand nehmen müssen. So kann es nicht weitergehen. 1 Million Zuwanderer in 13 Jahren erträgt unser kleines Land langfristig nicht, sei es aus Platzgründen oder auch aufgrund zu grosser kultureller Unterschiede. Das Wachstum ist unvernünftig schnell. Wir müssen jetzt handeln.

Die Befürworter der Personenfreizügigkeit halten uns Bauern immer entgegen, dass auch die Landwirtschaft Arbeitskräfte brauche. Das ist so. Aber wir wollen selber bestimmen,

Zubetonierte Schweiz

Index 1979/85 = 100



Quelle: Bundesamt für Statistik

© BFS

Seit Beginn der 80er Jahre hat die Siedlungsfläche um 25% zugenommen

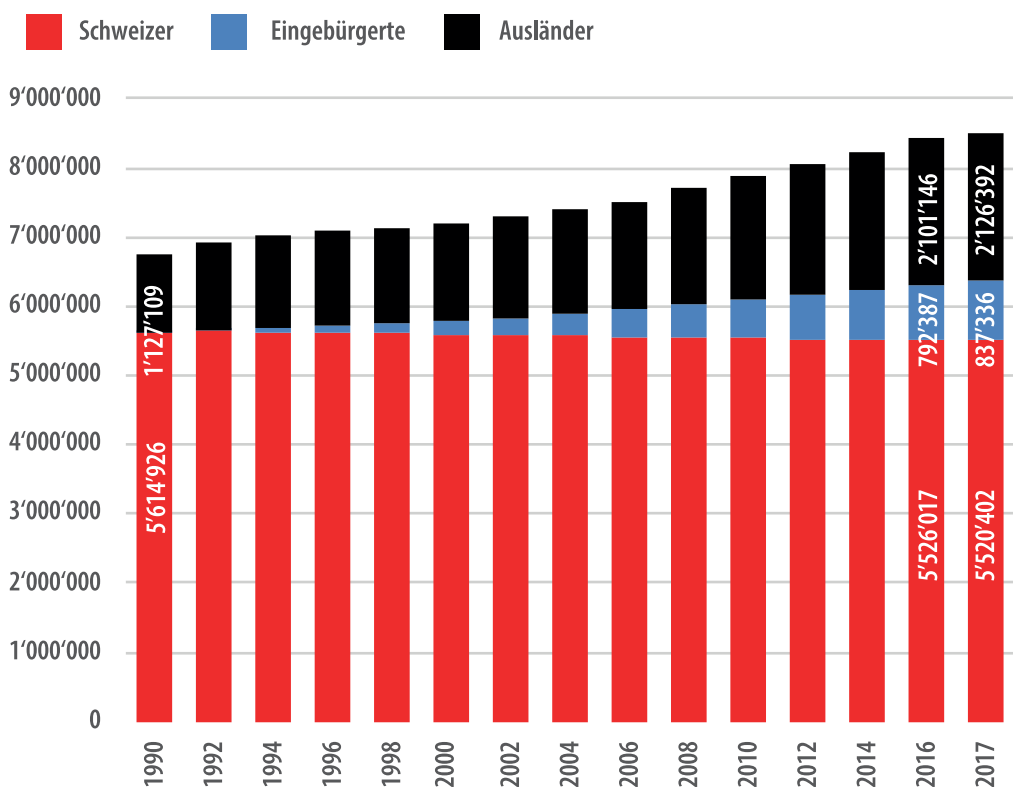
wer zu uns kommt. Zudem: Was nützen uns die vielen Arbeitskräfte, wenn wir keinen Boden mehr haben, den wir bewirtschaften können? Wir Bauern denken eben langfristig. Geld können wir nicht essen, Beton schon gar nicht.

Wir müssen endlich handeln - im Interesse unserer Kinder

Die Gegner der Begrenzungsinitiative wollen die Folgen der Personenfreizügigkeit mit noch mehr Gesetzen und Auflagen für die Bürger mildern. Das kennen wir bereits von der glück-

licherweise vom Volk abgelehnten Zersiedelungs-Initiative. Diese hätte dafür gesorgt, dass die Bevölkerung nur noch Betonwüsten bewohnen dürfte, zusammengepfercht in besseren Hausen. Landwirtschaftliche Gebäude hätten in die Wohnzone verlegt werden müssen und ausserhalb der Wohngebiete hätte alles verboten werden sollen.

Ich lehne diese und andere haarsträubenden Forderungen ab, weil ich nicht in einer 10-Millionen-Schweiz leben will. Wenn wir nichts ändern, dann wird es allerdings bald so weit sein. Deshalb ist die Begrenzungsinitiative so wichtig. Ich setze mich für die Initiative ein, weil ich unseren Kindern eine Zukunft geben will. Sie sollen ein Land vorfinden, das lebenswert ist. Ein Land wie es unsere Vorfahren uns hinterlassen haben: Eine eigenständige, unabhängige Schweiz. Wenn Sie das auch wollen, dann unterstützen Sie die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung». Besten Dank!



Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz
Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert

Von Nationalrat
Marcel Dettling

Oberiberg (SZ)



Die Menschen in unseren Grenzregionen brauchen Schutz vor Kriminellen aus dem Ausland

Schengen, das EU-Konzept der offenen Grenzen, ist gescheitert. Das spüren die Menschen an der Grenze zu Frankreich und Italien täglich. In Genf hat die Polizei kapituliert: Statt die Menschen vor Kriminellen zu schützen, rät sie, diese nicht zu provozieren. Der Bundesrat muss endlich die Menschen in der Schweiz schützen und die Grenzen wieder kontrollieren.



In Genf gibt es von der Polizei keinen Schutz, sondern gute Ratschläge.

«Im Westen nichts Neues» – während die Verantwortlichen in Bern getreu nach dem Titel des Romans von Erich Maria Remarque ihre Augen vor der Realität verschliessen, verschlechtert sich die Sicherheitslage in Genf zunehmend. Die Realität ist schlimmer als die schlimmsten Befürchtungen, die die Schengen-Skeptiker vor der Abstimmung im Jahr 2005 äusserten. Was die EU-Turbos in Bundesbern kleinreden, können die Menschen in Genf nicht ignorieren: Denn sie haben direkt an der Grenze zu Frankreich quasi einen Logenplatz und erleben den totalen Bankrott des Konzeptes der offenen Grenzen hautnah. Der Bundesrat versprach der Bevölkerung, Schengen würde mehr Freiheit und Sicherheit bringen. Heute wissen wir: In der Praxis profitieren die Täter von Schengen. Kriminelle aus Frankreich finden in Genf eine stetige Quelle für Beute, sie kommen über die Grenze und bedienen sich. Und was tun die Schengen-Verteidiger? Sie weigern

sich zuzugeben, dass sie sich völlig geirrt haben und stecken den Kopf in den Sand.

Polizei warnt Frauen

In den Gemeinden der Direktbetroffenen ist es nicht mehr möglich, den Kopf in den Sand zu stecken. Auf der Website der 2800-Seelen Gemeinde Perly ist zu lesen: Nach vier brutalen Angriffen innerhalb von weniger als drei Monaten empfiehlt die Polizei den Frauen, nicht mehr alleine auf die Strasse zu gehen und wenn doch, dann zumindest ohne Handtasche. Wertsachen solle man unter der Kleidung verstecken und auf der Strasse keine Mobiltelefone mehr benutzen. Laut der Polizei ist «alles, was für einen Dieb von Interesse sein könnte» zu verbergen. Mit anderen Worten: Die Polizei hat kapituliert. Statt die Einwohnerinnen und Einwohner vor den ausländischen Kriminellen zu schützen, rät sie lediglich, diese nicht zu provozieren:

Die offenen Grenzen bringen auch mehr Gewalt. Am 16. November, fiel eine Bande junger Leute aus dem französischen Saint-Julien-en-Genevois mit in der Schweiz verbotenen Elektroschockwaffen in Perly ein, um Jugendlichen dort eine Lektion zu erteilen. Um die Bevölkerung zu beruhigen, organisierte die Gemeinde eine Sitzung. Das ist reine Symptombekämpfung. Die Ursache des Übels ist: Schengen wirkt nicht, wenn derart gewaltbereite Täter mit verbotenen Waffen problemlos die Grenze passieren.

Auch die Tessiner leiden

Nicht nur in Genf, auch im Tessin leiden die Menschen. Laut Medienberichten ist die Lage so schlimm, dass der Gemeindepräsident von Monteggio in einen Brief an Bundesrat und Tessiner Staatsrat endlich mehr Sicherheit forderte. Es ist höchste Zeit zu handeln. Das Schengener Abkommen sieht eine Rückkehr zu Grenzkontrollen in Ausnahmesituationen vor. Und eine solche liegt vor. Deshalb werde ich in Bern diese dringend notwendige Debatte einfordern und dafür kämpfen, dass unsere Behörden endlich wieder ihre Kernaufgabe wahrnehmen: Die Menschen in der Schweiz vor Gewalt und Kriminalität zu schützen.

Von Nationalrätin
Céline Amaudruz

Genf (GE)



Nein zu Wohnungsinitiative und zum Zensurartikel

Die Delegierten der SVP Schweiz fassten an ihrer Versammlung in Niederglatt (ZH) die Parolen für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2020. Sie sagten klar Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» sowie zur Ausweitung der Antirassismusstrafnorm. Damit folgten sie der Empfehlung des Vorstandes der SVP Schweiz.



Dank der Top-Organisation von Stefan Schmid und seinem Team war die Delegiertenversammlung in Niederglatt ein Erfolg.

Am 2. November trafen sich insgesamt 500 SVP-Delegierte und Gäste in Niederglatt (ZH) zur Parteiversammlung. Dabei fassten sie auch Parolen für den Urnengang vom 9. Februar 2020. In der kontradiktorischen Auseinandersetzung mit den Abstimmungsvorlagen konnten die SVP-Nationalräte Verena Herzog (TG) und Hansjörg Knecht (AG) die Delegierten der SVP Schweiz davon überzeugen, beide Vorlagen abzulehnen.

«Forderung der Initiative ist längst erfüllt»

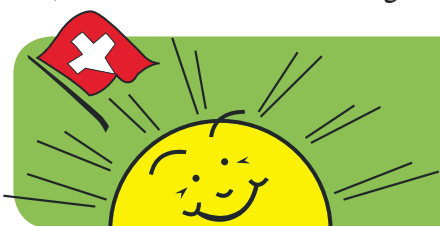
Laut Hansjörg Knecht ist die Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbandes «Mehr bezahlbare Wohnungen» unnötig und schädlich. Aktuell sei das Angebot an Wohnungen grösser als die Nachfrage. Der Leerwohnungsbestand sei so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. «Würde man alle 75'000 leerstehenden Wohnungen an einem Ort konzentrieren, dann wäre dieser Ort so gross wie

die ganze Stadt Bern.» Wegen der tiefen Zinsen werde zudem weiter massiv gebaut. Dieses Überangebot habe dazu geführt, dass Preise auf dem Mietwohnungsmarkt gesunken seien: «Gemäss Immo-Monitoring der Beratungsfirma Wüest Partner werden Wohnungen heute zu 5,8 Prozent tieferen Mieten angeboten als 2015», so Knecht weiter.

Wie Hansjörg Knecht weiter ausführte, betreiben die grossen Städte eine eigenständige lokale Wohnungspolitik. In Zürich etwa seien 25 Prozent der Wohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern. «Die Forderung der Initiative nach 10 Prozent ist hier also längst erfüllt.» Schädlich sei die Initiative, weil sie Kantone und Gemeinden dazu treibe, massiv in den Erwerb von Grundstücken zu investieren – notabene ohne auf den tatsächlichen Bedarf Rücksicht zu nehmen. Dies führe zu einer künstlichen Verknappung und damit zu einer Verteuerung der Wohnungen.

«In Wahrheit geht es um Zensur»

Verena Herzog warb ihrerseits erfolgreich für ein Nein zur Ausweitung der Antirassismusstrafnorm. Dies zumal die Bundesverfassung den Schutz vor jeglicher Diskriminierung bereits heute garantiert. Zusätzliche Gesetze seien schlicht unnötig und eine Ausweitung der Antirassismusstrafnorm sei gar schädlich: «Jede und jeder, der sich künftig öffentlich gesellschaftspolitisch kritisch zu sexuellen Orientierungen äussert, müsste mit einer Klage rechnen», warnte Herzog. Diese Gesetzeserweiterung würde zu einer Kriminalisierung von Meinungen führen und könnte dazu verwendet werden, unliebsame politische Gegner mundtot zu machen. «Wo uns Diskriminierungsschutz verkauft wird, geht es in Wahrheit um ein Zensurgesetz, das die Meinungsfreiheit sowie die Gewissens- und Gewerbebefreiheit bedroht und keine Probleme löst.»



Die Delegierten der SVP Schweiz haben an ihrer Versammlung vom 2. November mit 334 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen Nein gesagt zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Die Ausweitung der Antirassismusstrafnorm lehnten die Delegierten einstimmig ab.



Jubiläumsjass

20. Nationaler SVP-Jasscup
mit National- und Ständeräten der SVP

Samstag, 22. Februar 2020

09:45 – 16:00 Uhr, Türöffnung 9:00 Uhr

in der Mehrzweckhalle Stumpenmatt – Muotathal SZ

Modus

Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise

Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr

- Jassgebühr: Fr. 30.-
ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 25.-
Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per E-Mail, Post oder Fax bis spätestens am 14. Februar 2020 anzumelden (Platzbeschränkung). Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine schriftliche Teilnahmebestätigung inkl. Details und Wegbeschreibung.

Organisation

SVP Muotathal unter der Leitung von OK-Präsident Peter Föhn und Felix Müri. Turnierleiter: Fabian Cadonau.



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 20. nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 22. Februar 2020 an:

☐ Französische Karten

☐ Deutschschweizer Karten

☐ Egal

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ / Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Anmeldung bis spätestens 14. Februar 2020 an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 – Fax 031 300 58 59 – Mail: anmeldung@svp.ch

Endlich: Baselland steigt aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt aus!

Mit einem wuchtigen Mehr von rund 85 Prozent hat das Baselbieter Stimmvolk kürzlich den Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt beschlossen. Dieses überdeutliche Ergebnis lässt keinen Interpretationsspielraum zu und erteilt dem untauglichen Passepartout-Lehrmittel eine klare Absage.

Es klang zu gut um wahr zu sein: Kinder sollten Fremdsprachen nicht mehr mittels Pauken von Grammatik und Vokabeln lernen, sondern in einem «Sprachbad». Im Rahmen des sogenannten Passepartout-Projekts, an dem sich die Kantone Basel, Basel-Landschaft, Bern, Solothurn, Freiburg und Wallis beteiligten, wurden dafür teure Lehrmittel entwickelt. Diese sind allerdings ein Riesenflop. Wie eine Studie der Universität Freiburg zeigt, kann sich eine Mehrheit der Schülerinnen und Schüler auch nach sieben Jahren Französischunterricht nicht in Französisch verständigen.

Kein Wunder riss die Kritik am Passepartout-Projekt nicht ab. Im Kanton Baselland hat die Stimmbewölkerung am 24. November das «Sprachbad» beendet. Auslöser für die Abstimmung zum Fremdsprachen-Projekt war die Initiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» aus dem Jahr 2016. Gestützt auf dieses Volksbegehren hat der Regierungsrat dem Kantonsparlament eine entsprechende Änderung des Bildungsgesetzes vorgeschlagen. Danach sollen Lesen, Schreiben, Hören und Sprechen gleichermassen gefördert werden. Ausserdem wird im Bildungsgesetz der schrittweise Aufbau von Grammatik, Wortschatz und Orthografie festgeschrieben.

Mit der erfolgten Gesetzesrevision gilt neu für alle Fächer «die geleitete Lehrmittelfreiheit». Damit können die Lehrpersonen selber ein zu ihrem Unterricht passendes Lehrmittel auswählen und einsetzen. Einzige Bedingung:



Mit dem Lehrmittel «Mille feuilles» erreicht die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler die Lernziele nicht.

Das Lehrmittel muss in der vom Kanton geprüften Lehrmittelliste enthalten sein. Bereits das Kantonsparlament hat diese sinnvolle und eigentlich überfällige Gesetzesanpassung mit 81 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen. Mit dieser Lehrmittelfreiheit wird die pädagogische Verantwortung der Lehrpersonen gestärkt.

Kursänderung beim Fremdsprachenunterricht

Der vom Baselbiet nun vollzogene Ausstieg aus dem Passepartout-Fremdsprachenprojekt ist nichts anderes als die logische Konsequenz der von Fachexperten vorgenommenen Analysen. So hat das Institut für Mehrsprachigkeit (IfM) der Universität Fribourg die Lernerfolge von über viertausend Schülerinnen und Schülern aus den sechs Passepartout-Kantonen (BE, BL, BS, FR, SO und VS) untersucht und kam dabei zu folgendem ernüchternden Befund: «Mit dem Lehrmittel «Mille feuilles» erreicht eine Mehrheit der Schülerinnen und Schüler die Lernziele nicht.» Und die Experten-Analyse setzt noch einen drauf: Mit «Mille

feuilles» kann der Lehrplan gar nicht erfüllt werden.

Schluss mit ideologischen Bildungsexperimenten

Beim Passepartout-Projekt handelt es sich um ein gescheitertes Fremdsprachen-Experiment. Ohne Erfahrungswerte und ohne Not wurden damit die bewährte Fremdsprachenvermittlung und das pädagogische Grundprinzip, «Schulkinder vom Einfachen zum Schwierigen zu führen», aufgegeben. Das Baselbiet hat nun rechtzeitig die Notbremse gezogen und einem untauglichen ideologischen Bildungsexperiment eine wuchtige Absage erteilt. Es ist zu hoffen, dass die anderen Kantone nachziehen – unseren Kindern zuliebe.

Von Nationalrätin
Sandra Sollberger

Liestal (BL)



Unterstützen Sie das Referendum gegen den teuren Papi-Urlaub!

Die links-grünen Politiker im Bundesparlament haben einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub beschlossen. Die Folgen wären: Weniger Lohn für alle Arbeitnehmenden, mehr Bürokratie für Arbeitgeber und eine Mehrbelastung der jungen Generationen. Die SVP unterstützt das Referendum gegen den teuren Vaterschaftsurlaub – helfen auch Sie mit und unterzeichnen Sie das Referendum!

Gegen den Beschluss des Parlaments, einen teuren zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub einzuführen, hat ein überparteiliches Komitee das Referendum ergriffen. Im Komitee vertreten sind Unternehmer, Gewerbevertreter und Parlamentarier. Sie wehren sich gegen immer mehr staatliche Abgaben, gegen diese durch Lohnabzüge von allen finanzierten «Gratis-Ferien» für wenige nur weil sie Vater werden. Weil der Vaterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung (EO) finanziert werden soll, müssten ab 2022 Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusätzliche Lohnbeiträge leisten. Die Folgen sind klar. Weniger Lohn und Mehraufwand für alle Arbeitnehmenden. Aber auch mehr Bürokratie, mehr organisatorischer betriebsinterner Aufwand und zusätzliche finanzielle Belastung für die Arbeitgeber. Was im schlimmsten Fall Arbeitsplätze gefährdet, da damit die Herstellungs- und Produktionskosten gegenüber dem Ausland verteuert werden.

Horrende Kosten

Die direkten Kosten des zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs belaufen sich auf geschätzte 250 Millionen Franken pro Jahr. Die indirekten Folgekosten (organisatorischer Aufwand, Suche von Stellvertretungen, Kosten infolge Überstunden anderer Mitarbeiter mit Aufschlägen, Opportunitätskosten durch Abwesenheiten, d.h. entgangene Aufträge, Produktivitätsverlust etc.), die für alle Unternehmen entstehen, betragen gemäss KMU-Forum das zwei- bis vierfache der direk-



Nein zum Vaterschaftsurlaub, damit nicht alle für einige wenige bezahlen müssen!

ten Kosten. Also 400 Millionen bis 1,1 Milliarden Franken pro Jahr.

Einige Unternehmungen, insbesondere Grosskonzerne, die sich das leisten können, haben den bezahlten Vaterschaftsurlaub freiwillig eingeführt. Diese Kosten dürfen jetzt nicht durch die Hintertüre auf die Allgemeinheit abgeschoben werden. Vielmehr soll die heutige Regelung auch in Zukunft gelten: Wenn es um einen Vaterschaftsurlaub geht, dann treffen Arbeitnehmer und Arbeitgeber individuelle Vereinbarungen.

Kein neues Sozialwerk

Die jetzt aber immer breiter werdende Palette von Wünschen und Forderungen an den Staat, bei gleichzeitiger Minimierung der Eigenverantwortung, ist äusserst bedenklich. Es darf keine weiteren Eingriffe in den

liberalen Arbeitsmarkt geben. Seien wir also vernünftig und eröffnen in Anbetracht der aktuellen Situation kein zusätzliches Sozialwerk-Fass ohne Boden. Konzentrieren wir uns nun auf die Sanierung der bestehenden maroden Sozialwerke. Bauen und höhlen wir den Sozialstaat nicht weiter aus. Unterstützen Sie deshalb das Referendum gegen den teuren Vaterschaftsurlaub und die ausufernden Sozialkosten. Unterschreiben Sie das Referendum bitte noch heute!

Von Nationalrätin
Diana Gutjahr

Amriswil (TG)





Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche



CHF 14'950.-*

Auch als 4x4 erhältlich!**
**manuell zuschaltbarer Allrad-
antrieb mit Reduktion

C35 Kasten

*Preis exkl. 7,7% MWST, UPE

WWW.DFSK.SWISS



dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN



MARKUS REZZONICO

SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG

Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

Hier könnte Ihr Inserat stehen.
klartext@svp.ch

Hier könnte Ihr Inserat stehen.
klartext@svp.ch

GOAL GLOSSAR

Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer

8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00

info@goal.ch, www.goal.ch



AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg



NEIN zum teuren Vaterschaftsurlaub

1. NEIN zu immer mehr Lohnabgaben!

Uns allen bleibt immer weniger vom Lohn, weil immer mehr vom hart erarbeiteten Geld für Abgaben und Sozialversicherungen abgezogen wird. Und nun sollen Angestellte und Arbeitgeber nochmals jährlich rund 250 Millionen Franken abgeben.

2. NEIN, damit nicht alle für einige wenige zahlen müssen!

Mit der neuen Sozialversicherung müssen wir alle mit Lohnprozentsen dafür zahlen, damit einigen wenigen zwei Wochen Ferien bezahlt werden, wenn sie Vater werden.

3. NEIN zur weiteren Belastung unserer verschuldeten Sozialwerke!

Unsere Sozialwerke wie AHV und IV sind langfristig nicht finanziert. Teure Krankenkassenprämien belasten die Bevölkerung. Die Pflegefinanzierung ist nicht gesichert. Und nun sollen wir noch eine weitere Sozialversicherung für Männer zahlen, die Vater werden?

4. NEIN zu weiteren Belastungen für KMU und Gewerbe!

Unsere KMU- und Gewerbebetriebe leiden bereits heute unter hohen Kosten. Und nun sollen sie auch noch 2 Ferienwochen für Väter bezahlen. Das zerstört die Konkurrenzfähigkeit.

5. NEIN, damit Grosskonzerne ihre Kosten nicht auf die Kleinen abwälzen!

Viele Grosskonzerne haben den bezahlten Vaterschaftsurlaub freiwillig eingeführt, weil sie sich das mit ihren Milliarden Gewinnen leisten können. Nun wollen sie die Kosten für ihre Luxusleistungen auf uns alle abschieben!

Überparteiliches Komitee gegen
immer mehr staatliche Abgaben
Postfach 54
8416 Flaach

**JETZT unterschreiben
und zurückschicken bis
spätestens 15. Januar 2020!**

Überparteiliches Referendumskomitee «gegen immer mehr staatliche Abgaben»:

Co-Präsidium: Susanne Brunner, Präsidentin Gewerbeverein Seefeld, Gemeinderätin, SVP/ZH; Patrick Eugster, Vizepräsident Jungfreisinnige ZH/ZH; Diana Gutjahr, Vizepräsidentin Gewerbeverband TG, Nationalrätin, SVP/TG; Arthur Loepe, alt Nationalrat, CVP/Al; Paul Mayer, Unternehmer, Kantonsrat, SVP/ZH; Bruno Pezzatti, Vorstand Schweizer Obstverband, alt Nationalrat, FDP/ZG; Nicolas A. Rimoldi, Jungfreisinnige/LU

Mehr Infos auf: lohnabzuege-nein.ch

Referendum gegen das Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft im Bundesblatt, veröffentlicht am 15.10.2019

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass die Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, EOG) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Kanton: _____ Postleitzahl: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	Name, Vorname (Eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum Tag, Monat, Jahr	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					
4					

Ablauf der Referendumsfrist: 23.01.2020.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____

Datum: _____

Amtsstempel



Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Amtliche Eigenschaft: _____

Eigenhändige Unterschrift: _____

Senden Sie diese Liste teilweise oder vollständig ausgefüllt möglichst rasch, jedoch nicht später als bis zum 15. Januar 2020, an:
Überparteiliches Komitee gegen immer mehr staatliche Abgaben, Postfach 54, 8416 Flaach